

Materialien

für die 3. Tagung
des 1. Stadtparteitages

am 21. Juni 2008

Tagungshotel Deutsche Telekom
Zschochersche Straße 69, 04229 Leipzig

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung	Seite 3
Zeitplan	Seite 3
Geschäftsordnung	Seite 4
Wahlordnung	Seite 6
A.1. Antifa-Konzept	Seite 8
B.1. Nachtragshaushalt	Seite 18
C.1. 10. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945	Seite 19
C.2. Unterstützung der Aktion Zuckertüte	Seite 20
C.3. Unterstützung der bundesweiten Kampagne "Begleitschutz"	Seite 21

Tagesordnung 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Referat Dr. Volker Külow: „DIE LINKE. Leipzig und das Wahljahr 2009“
4. Referat Dr. Dietmar Pellmann: „Erste Vorstellungen zum Kommunalwahlprogramm“
5. Diskussion
6. Änderung Finanzplan 2008
7. Anträge
8. Schlusswort

Zeitplan 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

9.00 Uhr	Eröffnung und Begrüßung
9:15 Uhr	Konstituierung (Beschluss Tagesordnung und Zeitplan)
9:30 Uhr	Referat Dr. Volker Külow: „DIE LINKE. Leipzig und das Wahljahr 2009“
10:15 Uhr	Referat Dr. Dietmar Pellmann: „Erste Vorstellungen zum Kommunalwahlprogramm“
10:40 Uhr	Diskussion
12:00 Uhr	Mittagspause
12:45 Uhr	Fortsetzung der Diskussion
14:00 Uhr	Änderung Finanzplan 2008
14:20 Uhr	Anträge
14:55 Uhr	Schlusswort

Geschäftsordnung 1. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

1. Der Stadtparteitag wird durch die Tagungsleitung geleitet. Diese wird in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt. Die Tagungsleitung besteht aus sieben Delegierten.

2. Die Mandatsprüfungs-, Redaktions- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.

3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Delegierungen. Organisationen der Basis und Zusammenschlüssen, die den Frauenanteil (entsprechend der Mindestquotierung von 50 %) nicht eingehalten haben, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt. Organisationen der Basis, deren Frauenanteil bei weniger als 25 Prozent liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.

4. Die Mandatsprüfungskommission stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie ist gegeben, wenn entsprechend ihres Berichtes mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der Delegierten anwesend sind. Für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen der Mandatsprüfungskommission relevant.

5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter/in sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie Helfer/innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Über den Abschluss von Kandidatenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit.

6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des Stadtparteitages bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Antrag auf „Abschluss der Debatte“ können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Rednerliste verlesen.

8. Beschluss- und Rederecht haben die gewählten Delegierten. Mitglieder der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag sowie der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat,

30 Mitglieder des Bundes-, Landes- und Stadtvorstandes Leipzig DER LINKEN. haben Rederecht.
31 Delegierte Gastmitglieder DER LINKEN. zum Stadtparteitag erhalten alle Mitgliederrechte
32 außer denen, die die Bundessatzung ausschließt. Von dem Stadtparteitag in Gremien oder als
33 Delegierte zu Landes- und Bundesparteitagen gewählte Mitglieder und Gastmitglieder sind
34 TeilnehmerInnen mit beratender Stimme, sofern sie nicht Delegierte sind.

35 9. Wortmeldungen sind schriftlich bei der Tagungsleitung einzureichen. Die Tagungsleitung
36 erteilt das Wort unter Berücksichtigung der Quotierung in der Reihenfolge der
37 Wortmeldungen und kann auch Gästen das Wort erteilen. Die Redezeit für jeden
38 Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten. Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht,
39 entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Niemand kann innerhalb einer
40 Debatte mehr als zweimal das Wort erhalten.

41 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht
42 werden. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten mit beschließender
43 Stimme. Zur Begründung des Antrages erhält der/die Antragsteller/in das Wort. Die Redezeit
44 beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner/in dafür und
45 eine/r dagegen sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet
46 der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung
47 persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf
48 eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitdauer vorzuschlagen.

49 11. Anträge zur Geschäftsordnung können nur durch Delegierte mündlich gestellt werden.
50 Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner erteilt.
51 Vor der Abstimmung erfolgt eine Für- und eine Gegenrede. Ein weiterer
52 Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen
53 Geschäftsordnungsantrages zulässig.

54 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der
55 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die
56 Abstimmung erfolgt durch Heben der Delegiertenkarte.

Wahlordnung 1. Stadtparteitag DIE LINKE. Leipzig

1. In geheimer Wahl werden gewählt:

- die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
- die zwei Stellvertreter/innen der/des Vorsitzenden
- der/die Schatzmeister/in
- die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
- die Mitglieder der Finanzrevisionskommission
- die Mitglieder der Schlichtungskommission
- die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag
- die Vertreter/innen für den Landesrat

2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 1. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.

3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste wird von der Tagungsleitung geleitet. Jede/r Delegierte hat das Recht, Vorschläge zu unterbreiten oder sich selbst als KandidatIn vorzuschlagen.

4. Zur Wahl können auch Gäste vorgeschlagen werden, wenn sie Mitglied der Partei DIE LINKE. sind und dem Stadtverband angehören.

5. Wenn Mitglieder der Wahlkommission selbst zur Wahl stehen, scheiden sie aus der Wahlkommission aus. Für ausgeschiedene Mitglieder ist für den Fall des Unterschreitens einer Mindestzahl von sieben Mitgliedern der Wahlkommission umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.

6. Jede/r Delegierte hat das Recht, Fragen an die KandidatInnen zu stellen, die KandidatInnenvorschläge zu unterstützen und Einwände zu erheben.

7. Bei begründeter Abwesenheit von KandidatInnen können Fragen zur Person durch eine Person des Vertrauens beantwortet werden.

8. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang für ausschließlich Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang mit weiblichen und männlichen Kandidierende werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten die Kandidaten mit den meisten Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist dann eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten zu vergebenden Platz geht. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt für

29 die 1. Wahlperiode eine Mindestquote für vormalige Mitglieder der WASG von 4 von 17. Innerhalb
30 dieser Quote ist die Geschlechterquotierung einzuhalten.

31 Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder umfasst. Für die
32 Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %. Jugendliche in
33 diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb dieser
34 Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.

35 9. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze
36 vorhanden sind. Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.

37 10. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50 Prozent
38 der Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang keine/r die absolute
39 Mehrheit erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat/innen in einen zweiten Wahlgang mit
40 Stichwahlcharakter, bei dem der/die Kandidat/in mit den meisten Stimmen gewählt ist. Bei
41 Stimmgleichheit finden weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter/innen und des/der
42 Schatzmeister/in erfolgt nach dem gleichen Verfahren.

43 11. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede
44 durchgeführte Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das vom Wahlleiter/Wahlleiterin und
45 zwei Mitgliedern der Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung zu
46 unterzeichnen und in geeigneter Form zu veröffentlichen ist.

Antrag A.1.

Antifaschistisches Aktionskonzept DIE LINKE. Leipzig

Vorbemerkung:

"Im Papier wird durchgehend der Begriff "Nazis" verwendet. Darunter werden so genannte Altnazis und Neonazis, also die die den Nationalsozialismus erlebt und ggf. aktiv befördert haben und die, die qua Lebensalter erst nach dem NS aktiv wurden und werden. Wir denken, dass der Begriff "Nazi" die Gefährlichkeit rechter Einstellungen pointiert ausdrückt. Grenzen zu Nationalkonservativen oder Rechtspopulisten werden ggf. gezogen.

Die Verwendung der Begriffe "Rechtsextremismus/ Rechtsextremisten/ rechtsextremistisch" wird dagegen bewusst vermieden, da damit die Extremismustheorie implizit befürwortet werden würde. Die Extremismustheorie, nach der es eine "lupenrein demokratische und diskriminierungsfreie Mitte der Gesellschaft" gibt, die durch Extremisten von "Links" und "Rechts" bedroht wird, wird vor allem auch im wissenschaftlichen Diskurs als eindimensional abgelehnt. Uns erscheint sie darüber hinaus vor allem geeignet linke Politik zu diskreditieren und das Problem rechter Einstellungen und Gewalt zu verharmlosen. Die 2007 erschienene Studie von Christian Schmidt/ Doris Liebscher "Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum" (Projektleitung: Institut für Politikwissenschaften der Universität Leipzig) empfiehlt in diesem Sinne explizit die Ersetzung des Begriffs "Rechtsextreme" durch den Begriff "Nazis".

I. Kurzanalyse rechter/nazistischer Strukturen in Leipzig

Auch wenn Leipzig als Großstadt mit starken antifaschistisch-demokratischen und linken Traditionen sowie ausgeprägter linksalternativer Szene sicher kein einfaches Betätigungsfeld für Nazis und andere rechte Kräfte darstellt, dürfen die hier bereits vorhandenen rechten und nazistischen Strukturen keineswegs unterschätzt werden. 2007 ist im Gegenteil im gesamten Leipziger Stadtgebiet eine verstärkte Aktivierung von organisierten Nazistrukturen festzustellen.

Folgende rechte und nazistische Strukturen sind in Leipzig aktiv.

Die NPD in Leipzig verfügt gegenwärtig über etwa 100 Mitglieder. Mitte der 1990er Jahre lag ihre Stärke doppelt so hoch. Dennoch sagt dies noch nichts über ihren Zuspruch aus. Denn immerhin 11.959 Zweitstimmen erhielt die NPD bei der Landtagswahl 2004 in den Leipziger Wahlkreisen. Die NPD lag in den drei Wahlkreisen jeweils über 6 %. Durch ihren Einzug in den Sächsischen Landtag erhielt sie erhebliche finanzielle Mittel, die sie geschickt in Publikationen und „Bildungsveranstaltungen“ lenkt. Neben Parteitreffen hat die NPD 2007 in Leipzig unter dem Deckmantel eines „Geschichtlichen Gesprächskreises“ Veranstaltungen im Löbniger Gartenlokal Lokomotion abgehalten, deren weitere Durchführung durch antifaschistische Kräfte verhindert wurde. Die zwei durchgeführten Veranstaltungen waren eindeutig geschichtsrevisionistisch orientiert. Der aufgeführte Film „Geheimakte Hess“ idealisiert den Holocaustwegbereiter und Hitlerstellvertreter Rudolf Hess, im zweiten Fall wollte man mit einer Zeitzeugin des „alliierten Bombenterrors“ ins Gespräch kommen.

Beim Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern, als auch auf NPD-Veranstaltungen in Schleswig-Holstein wurden Fahrzeuge mit Leipziger Kennzeichen beobachtet.

Auch nach den gegenwärtigen Umfragen zöge die NPD erneut in Fraktionsstärke in den Landtag ein. Keineswegs sind die von bürgerlichen Wahlforschungsinstituten bemühten „Protestwählerpotentiale“ als Erklärung der Wahlerfolge geeignet. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die NPD durchaus auf eine größere Stammwählerschaft zurückgreifen kann. Nicht zu vergessen sind auch solche Projekte der NPD, die sich gezielt an Jugendliche richten, wie etwa die Verbreitung der „Schulhof-CD“.

Antrag A.1.

45 **Die Republikaner** haben im Februar 2007 einen Leipziger Kreisverband neu gegründet. Auch wenn
46 die Stärke dieser Partei deutlich hinter der der NPD zurückbleibt, so sollte ihre Wirkung
47 insbesondere auf im Stadtrat vertretene Parteien wie der DSU nicht unterschätzt werden. Anders
48 als die NPD treten Die Republikaner bürgerlich auf. Eines ihrer Mitglieder war im Stadtschülerrat in
49 Leipzig tätig. Er musste zwar auf Druck auch des jugendpolitischen Sprechers der Linkspartei.PDS
50 zurücktreten. Dennoch zeigt dies, dass Die Republikaner durchaus in demokratische Strukturen
51 einzudringen in der Lage sind. Zudem bestehen Kontakte zur **DSU**. Das DSU-Mitglied, Univ.Prof. Dr.
52 iur. Bernd-Rüdiger Kern, setzte sich bei der Oberbürgermeister-Wahl in Chemnitz offen für den
53 Republikaner Martin Kohlmann zu dessen Zulassung zur Wahl ein. DSU und die REP finden sich seit
54 September 2007 u.a. vereint mit den Landtagsabgeordneten Mirko Schmidt und Klaus Baier
55 (ehemals NPD) im Verein „**Bündnis für Sachsen**“ wieder. Der Leipziger Stadtrat Karl-Heinz Obser
56 (gleichsam Vorsitzender der DSU Sachsen und stellvertretender DSU-Bundesvorsitzender), der der
57 CDU-Fraktion im Stadtrat zu Leipzig angehört, hatte das Bündnis bereits im Jahr 2006 initiiert. Es
58 versteht sich als „Alternative zu CDU und NPD“.

59 Seit 2001 fanden in Leipzig regelmäßig Aufmärsche der Kameradschaften um den Hamburger **Nazi**
60 **Christian Worch** statt. Ziel dieser Demonstrationen war es offenkundig, sowohl hinsichtlich der
61 gewählten Routen (Innenstadt bis Völkerschlachtdenkmal, Connewitz), als auch der Inhalte („Wir
62 sind das Volk!“) zu provozieren. Dabei gelang es jedoch den **Nazis** aufgrund von Sitz- und anderen
63 Straßenblockaden meist nicht ihren Abschlussort zu erreichen. Die Zahl der zum Teil mit dem Zug
64 angereisten Anhänger Worchs schwankte zwischen 1000 und wenigen hundert.

65 Demgegenüber mobilisierten Antifa-Strukturen und bürgerliche Initiativen meist mehrere tausend
66 GegendemonstrantInnen. Worch gelang es aufgrund inhaltlicher Differenzen nicht, dauerhaft
67 Bündnisse mit anderen rechten Gruppierungen und Parteien einzugehen. Seine Erfolglosigkeit in
68 der Mobilisierung zeigte sich zuletzt im Juli 2007, als ganze 35 Nazis erschienen. Dies ist als Folge
69 des Boykotts regionaler Nazistrukturen zu werten, die am darauf folgenden Tag spontan 80 Nazis
70 zu einer Demo in Grünau mobilisierten. Worch sagte darauf alle bis 2014 angemeldeten
71 Demonstrationen in Leipzig ab.

72 So genannte „**Freie Kräfte**“ und „**nationale Sozialisten**“ zeigen seit 2007 verstärkt Aktivitäten in
73 verschiedenen Leipziger Stadtteilen. Sie sind in das "Freie Kräfte"-Netzwerk eingebunden, das vor
74 allem regional (Leipziger Land, Delitzsch, Altenburg) stark präsent und mittels der Internetpräsenz
75 „Freies Netz“ gut vernetzt ist. Fanden die Aktionen in den Jahren 2006 und 2007 noch mit
76 tatkräftiger Unterstützung von Thomas Gerlach (Kampfbund Deutscher Sozialisten, Nationale
77 Sozialisten Altenburger Land) und Maik Scheffler (Kameradschaft Delitzsch) statt (bspw. der
78 Demonstration in Leipzig-Gohlis im Dezember 2006), stehen die Leipziger Strukturen nun
79 organisatorisch auf eigenen Füßen. Ihren Aktionsschwerpunkt haben sie im Leipziger Osten, wo im
80 Januar 2008 eine nur intern mobilisierte Demonstration mit Nazis aus Thüringen, Berlin und sogar
81 Bayern stattfand. Die hohe Teilnehmerzahl an diesem Aufmarsch lässt auf die gute Vernetzung der
82 Leipziger „Freien Kräfte“ schließen. Ins Repertoire der „Freien Kräfte“ gehören zudem
83 Spontandemonstrationen, Sprays/ Plakatieren im öffentlichen Raum (Schwerpunkte: Reudnitz,
84 Anger-Crottendorf, Stötteritz, Grünau, Großzschocher), das gezielte Besuchen von Veranstaltungen
85 ihres politischen Gegners (so geschehen bei zwei Veranstaltungen der Partei DIE LINKE in Reudnitz
86 und Stötteritz), Flugblatt-Aktionen und auch weiterhin Gewalt gegen Menschen. Die „Freien Kräfte“
87 bedienen sich in Erscheinungsbild und Aktionsformen gezielt bei der Antifabewegung. Das hohe
88 Maß an Aktivitäten nennen sie selbst die „Basisarbeit“, die sie zu lang vernachlässigt hätten.

89 In akademischen Kreisen sind mehrere **Burschenschaften** aktiv. Dazu zählen etwa die
90 Burschenschaften „Germania“, „Arminia“, „Normannia“ und „Plessavia“. Mit günstigen
91 Unterkünften für Studenten, Kulturangeboten, wissenschaftlichen Vorträgen, Karrierechancen etc.

Antrag A.1.

92 suchen diese Burschenschaften neu immatrikulierte Studenten anzulocken. Ihr politisches
93 Verständnis reicht dabei von rechtskonservativ und patriarchalisch bis hin zu nationalistisch, offen
94 frauen- und ausländerfeindlich. Im November 2007 wurde der an der Universität Leipzig engagierte
95 Honorarprofessor **Dr. Michael Friedrich Vogt** vom Institut für Kommunikations- und
96 Medienwissenschaften von seiner Tätigkeit suspendiert. Er hatte an einem Treffen von NPD, DVU,
97 Pro Köln und Republikanern teilgenommen, in dem die beteiligten eine Erklärung unterzeichneten,
98 mit der sich zu den Zielen der inzwischen zerfallenen nazistischen Europafraktion „Identität,
99 Tradition, Souveränität“ bekennen. Schon vorher hatte Voigt eng mit Akteuren der „neuen Rechten“
100 zusammengearbeitet.

101 Das Erscheinungsbild rechter Gruppen und Organisationen befindet sich im Wandel. Durch
102 bürgerliches Auftreten wollen sie einerseits Akzeptanz in der Gesellschaft bekommen. Sie agieren
103 in diesem Sinne verdeckt in „Bürgerinitiativen“ mit scheinbar konservativem (z.B. In Sachen
104 Ordnung und Sicherheit oder Geschichtspolitik), aber auch zivilgesellschaftlichem (z.B. in sozialen
105 oder umweltpolitischen Fragen) Anliegen. Andererseits erneuern Nazis zunehmend ihr
106 Erscheinungsbild, indem sie sich Codes und Styles von Jugendsubkulturen bedienen. Der
107 glattrasierte, mit Aufnähern überpflasterte Skin ist längst ein überkommenes Klischee.

108 Weder als links-alternativ bekannte Jugendkulturen wie die Hip-Hop- oder Punk-Szene noch als
109 unpolitisch geltende, wie die so genannte „Schwarze Szene“ sind „nazifrei“.

110 Mit der Strategie mit einem modernen Outfit verstärkt an Jugendkulturen anzudocken, wird
111 natürlich auch versucht Geld zu machen. Dabei spielen Internetversände eine wichtige Rolle, doch
112 auch Läden und Clubs sind bedeutende Umschlagplätze und bilden zugleich potentielle Treffpunkte
113 für eine rechte Klientel.

114 Unternehmen wie die Mediatex GmbH, die die bei **Nazis** beliebte Bekleidungsmarke „Thor Steinar“
115 vertreibt, versuchen in die Mitte der Gesellschaft einzudringen. Geschäftseröffnungen, wie die des
116 „**Tönsberg**“ im September 2007 in Leipzig, finden zunehmend in den belebten Innenstädten und
117 nicht mehr in Randlagen statt. Der rechte Kundenverkehr wird damit ermuntert, zunehmend offen
118 aufzutreten. Neben dem Tönsberg bieten Läden in Mockau („**Aryan Brotherhood**“, Fitness-Studio,
119 Laden und Kneipe, inzwischen auf Intervention des Ordnungsamtes geschlossen und geräumt),
120 aber auch normale „Streetware“-Läden Dienstleistungen und Waren für Nazis an.

121 **Nazis** unterwandern aber auch bestehende Vereine. Mit einer solchen Problematik hat offenkundig
122 der Fußballclub Lok Leipzig zu tun. Dass Lok-Ordner in „Thor Steinar“-Bekleidung beobachtet
123 wurden, ist dabei nur die Spitze eines Eisberges. So warben Fans auf Plakaten mit der zerstörten
124 Silhouette Dresdens für das Spiel gegen Dynamo Dresden II, bei dem es kürzlich zu
125 Ausschreitungen zwischen den Lagern kam. Im Lok-Fanblock wurde bei einem Spiel gegen den FC
126 Sachsen im Februar 2006 ein menschliches Hakenkreuz gebildet, rassistische Kommentare gegen
127 den ehemaligen FC-Sachsen Spieler Adebowale Ogungbure gehörten auf die Tagesordnung. Das
128 Fußball-Milieu wird von organisierten Nazis gezielt als Betätigungsfeld genutzt. In Bezug auf den FC
129 Lok Leipzig kann von der Herausbildung eines handfesten rechten Randes in der Fanschaft
130 gesprochen werden. Die Szene zeichnet sich durch eine enorme Gewaltbereitschaft aus. Im
131 Dezember 2007 stürten mutmaßliche Lok-Leipzig-Fans auf martialische Art und Weise zwei Feiern
132 von Fans bzw. dem Verein FC Sachsen.

133 Schließlich erwerben **Nazis** zunehmend **Immobilien**, um sie für Schulungsveranstaltungen, als
134 Kultstätten oder für Parteiorganisationen nutzen zu können. So wurde in Borna die Aufstellung
135 eines mehrere Meter hohen Kreuzes auf zuvor erworbenem Gelände geplant, um dort einen
136 bundesweit bekannten kulturellen Anziehungspunkt für Rechte zu schaffen. Regelmäßig, so auch in

Antrag A.1.

137 diesem Fall, suchen die öffentlichen Behörden mit dem Mittel des Baurechts einer entsprechenden
138 Nutzung entgegen zu treten. Auch die Stadt Leipzig versprach im November 2007 Vermietern
139 Handlungsstrategien in die Hände zu geben, damit diese verdeckte **nazistische** Mietinteressen im
140 Vorfeld erkennen können.

141 Die **Gründe** für das **Entstehen und Erstarken rechter Haltungen, Überzeugungen und**
142 **Ideologien** sind vielfältig. Als Hauptursache werden häufig die kapitalistischen
143 Produktionsverhältnisse gesehen. Ihnen haften zahlreiche Widersprüche an, die durch einfache,
144 oberflächliche Argumentationen erklärt werden. Rechte Politik setzt zumeist an den Symptomen
145 gesellschaftlicher Konflikte an und führt sie einer scheinbar naheliegenden Lösung zu („Ausländer
146 raus!“, „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“). Weitere Ursachen liegen etwa in:

- 147 - Überhöhung der eigenen Nationalität und Kultur **verbunden mit der Abwertung von Menschen**
148 **anderer Nationalität und Kulturkreisen (Chauvinismus)**
- 149 - Entdemokratisierung/ Entpolitisierung
- 150 - Angst vor sozialem Abstieg, bzw. bereits realisierte soziale und berufliche Perspektivlosigkeit;
151 Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben
- 152 - fehlender oder ungenügender Zugang zu Bildung, insbesondere auch politischer Bildung
- 153 - mangelhafte politische und historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der BRD
- 154 - fehlende kulturelle, soziale Angebote, insbesondere für Jugendliche
- 155 - Unkenntnis anderer Kulturen, Religionen, Länder, Sprachen
- 156 - Ablehnung alternativer Lebensentwürfe

157 Selbst in offiziösen Diskursen wird mittlerweile hier und da eingestanden, dass **so genannte**
158 rechtsextreme Einstellungen kein Problem der „Ränder der Gesellschaft“ sind.

159 Vielmehr werden Ausgrenzungslogik, Diskriminierung und autoritäre Einstellungen in der ominösen
160 „Mitte der Gesellschaft“ geprägt. Law-and-Order-Rhetorik und -Praxis, die Angst um den Standort
161 Deutschland, der im Run um Unternehmensansiedlungen den Kürzeren zieht oder außenpolitisches
162 Großmachtstreben, das sich auf der Basis der Entsorgung der eigenen Geschichte aufschwingt –
163 diese „großen“, politischen und akademischen Diskurse setzen sich medial vermittelt in
164 Alltagssprache und -denken um. Negative komplettiert wird dieser Aufriss durch einen staatlichen
165 Rassismus, der MigrantInnen zu Menschen zweiter Klasse macht. Nicht nur konservative
166 PolitikerInnen schüren zudem permanent Angst vor ausländischen ArbeitnehmerInnen und illegal
167 Einreisenden. Hier verknüpfen sich politische Ansagen von oben und soziale Ängste an der
168 gesellschaftlichen Basis.

II. Antifaschistische Arbeitsschwerpunkte

170 Antifaschistische Arbeit ist vielschichtig. Sie fasst sowohl Aktionen gegen rechte Gruppen und
171 ihrem politischen Wirkungsfeld, als auch die Auseinandersetzung mit ihren Forderungen. Sie
172 widmet sich insbesondere auch den gesellschaftlichen Ursachen und Entwicklungen, die den
173 Nährboden faschistischer **und nationalistischer** Ideologie bereiten. Ebenso wendet sie sich gegen
174 jede verkürzende Erklärung rechter Gesinnungen und Wahlerfolge rechter Parteien. Gerade DIE
175 LINKE. ist es, die durch die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise eine der Ursachen für
176 das Entstehen und die Verbreitung faschistischer, nationalistischer, rassistischer und
177 antisemitischer Ideologien ins Visier nimmt.

178 Nicht nur soziale Schieflagen, sondern auch die Perspektive auf ein vermeintliches
179 gesellschaftliches „Außen“, das das „Innere“ bedroht und das recht weit verbreitete Vertrauen in
180 autoritäre und anti-individuelle Konzepte sind Nährboden für rechte Ideologien.

Antrag A.1.

181 Vor dem Hintergrund dieser Denkmuster wachsen Ausschlussmechanismen und „law-and-order“-
182 Konzepte, die in der Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sozialen, ethnischen, religiösen,
183 weltanschaulichen, kulturellen Herkunft oder alternativen Lebenspraxen ihren Ausdruck finden.
184 Das vorherrschende Klima von Entmündigung und sozialer Degradierung spielt Nazis in die Hände.

185 Antifaschistische Arbeit verbindet den Kampf gegen Nazistrukturen also mit Forderungen für
186 Bewegungs-, Entfaltungs- und Meinungsfreiheit. Nicht zuletzt ist es Aufgabe antifaschistischer
187 Politik, eine gesellschaftliche Perspektive jenseits sozialer Ausbeutung, rassistischer, religiöser
188 oder sonstiger Diskriminierung mit zu entwickeln.

A. Förderung der Politischen Bildung

190 Politische Bildung ist ein wichtiges Mittel, um der Entpolitisierung breiter Bevölkerungsteile
191 entgegenwirken.

192 Die LINKE setzt sich zum Ziel antifaschistische Einstellungen mittels Bildungs- und
193 Diskussionsveranstaltungen zu stärken und zu fundieren.

194 Neben Bildungsarbeit für den eigenen Stadtverband, liegt der Schwerpunkt dabei auch auf
195 Kooperation und Dialog mit den LeipzigerInnen.

196 Folgende inhaltlichen Schwerpunkte der antifaschistischen Bildungsarbeit werden gesetzt:

- 197 • Erkennen von Nazis, deren Wandel im Erscheinungsbild, Aktion und Ideologie
- 198 • Was tun bei Nazipräsenz in Veranstaltungen?
- 199 • Zivilgesellschaftliche Strategien gegen rechts (von Aktionsformen bis zum
200 Argumentationstraining)

201 Die politische Bildung muss sich auch damit auseinandersetzen, dass für komplexe
202 gesellschaftliche Probleme und ihre Ursachen einfache Erklärungsmuster nicht nur durch **Nazis**
203 bemüht werden. Zudem sollte Gegenstand von Veranstaltungen die Einschränkung von Grund- und
204 Freiheitsrechten und deren Begründung mittels angeblich notwendiger Kriminalitäts- und
205 Terrorismusbekämpfung, angeblich massenhaften Sozialmissbrauchs etc. sein.

B. Erinnerungskultur

207 Mehr als 60 Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands ist die Auseinandersetzung mit
208 Nationalsozialismus und Faschismus notwendiger denn je. **Die meisten** Menschen haben diese Zeit
209 nicht erlebt. **Gerade Personen mittleren und jüngeren Alters** sind eine wichtige Zielgruppe
210 erinnerungspolitischer Arbeit. Sie sind es, die die mahnende Erinnerung an die grausame Ära des
211 von Deutschland über die Welt gebrachten Leids hochhalten müssen. Geschichtsrevisionistische
212 Ansätze oder eine „Schlussstrichmentalität“ in Bezug auf die deutsche Schuld am Holocaust und
213 der Verfolgung zahlreicher nicht ins Raster der Nationalsozialisten passenden Menschengruppen
214 tritt DIE LINKE vehement entgegen. Gleichsam stellt sich weiterhin die Frage nach der
215 Herrschaftsbasis der NSDAP und daraus ableitend nach antisemitischen, rassistischen und auch
216 antikommunistischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung in der Gegenwart.

217 DIE LINKE betrachtet den VVN/BdA als wichtigen Partner in Sachen Erinnerungskultur und
218 Gedenkpolitik. Gedenktage wie der 9. November (Reichspogromnacht 1938), der 27. Januar
219 (Befreiung des KZ Auschwitz 1945), der 8. Mai 1945 (Befreiung vom NS 1945) werden durch die
220 Mitglieder der Partei DIE LINKE aktiv zum Gedenken und Mahnen genutzt. Gedenkstättenarbeit,
221 ZeitzeugInnenengespräche, der Dialog zwischen jungen Leuten und denen, die den NS noch miterlebt
222 haben, bilden weitere wichtige erinnerungspolitische Tätigkeitsfelder.

Antrag A.1.

223 C. Bündnisarbeit als zentrale Säule der Partei DIE LINKE

224 Die AG Antifaschistische Politik erarbeitet mittelfristig eine Bestandsaufnahme von in Leipzig
225 aktiven Bündnissen, Initiativen und Gruppen, die antifaschistisch tätig sind.

226 Auf dieser Grundlage könnten GenossInnen zur praktischen Mitarbeit in den Bündnissen und
227 Initiativen bewegt werden und darüber hinaus Kontakte zu festen Gruppen gesucht bzw. bereits
228 vorhandene genutzt werden.

229 Nichts ist wertvoller als die eigenen Erfahrungen und Kompetenzen in antifaschistischer Arbeit
230 nutzbar zu machen und auf der anderen Seite auch zu sammeln. Gegen die in Leipzig erstarkenden
231 Nazistrukturen ist nichts sinnvoller als gebündelt, in breiten Bündnissen vorzugehen. DIE LINKE
232 betrachtet es als eine ihrer Hauptaufgaben - gerade vor dem Hintergrund der verstärkten
233 Naziaktivitäten in Leipzig - bei der (Re-) Aktivierung einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung
234 gegen rechts mitzuwirken. Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Intellektuelle, KünstlerInnen, andere
235 demokratische Parteien und deren Jugendorganisationen wie auch unabhängige Antifa-Strukturen
236 sind dabei wichtige PartnerInnen.

237 Bündnisse in die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ haben oft dort ihre Grenzen, wo auf den
238 Zusammenhang von sozialer Ausgrenzung und rassistischer Diskriminierung mit der Politik der
239 „Mitte“ auch hingewiesen wird, wo Standort-Nationalismus und außenpolitische
240 Weltmachtphantasien kritisch und von links hinterfragt werden. DIE LINKE muss sich mit ihrem
241 antifaschistischen Anspruch, der nach Ursachen fragt anstatt nur die Erscheinungen zu kritisieren
242 nicht verstecken. Es geht vielmehr darum eine kluge Bündnispolitik zu betreiben. Für diese gibt es
243 allerdings kein Patentrezept. Zahlreiche Bündnisse, die im linXXnet angesiedelt waren und sind
244 haben diesen Spagat mehr oder weniger erfolgreich gemeistert.

245 Auch mit den Nachfolgestrukturen der „Autonomen Antifa“ in Leipzig bestehen gute Kontakte. Mit
246 ihrer spezifischen Praxis, ihren radikalen inhaltlichen Analysen und der subkulturellen Ausstrahlung
247 haben sie die wohl größte Mobilisierungsfähigkeit gegen Nazis.

248 Jenseits von Vereinhmungsversuchen sollte die guten Kooperationen mit diesen linken Strukturen
249 weiter betrieben und ausgebaut werden. Zum besseren Verständnis dieses Spektrums ist es
250 notwendig sich mit deren Geschichte und inhaltlichen Diskursen auseinanderzusetzen. Hierbei
251 stehen sicherlich insbesondere die Debatte um Antisemitismus, das Verhältnis zum Staat Israel
252 oder auch um den so genannten „rechten Konsens“ der Gesellschaft sowie das Verhältnis zu
253 Gewalt im Mittelpunkt.

254 ⇒ Dialog mit der jüdischen Gemeinde, MigrantInnenprojekten und anderen Gruppen

255 DIE LINKE. in Leipzig sieht eine nicht nur historisch begründete Verantwortung, jeder Verfolgung
256 von Menschen wegen ihrer religiösen, weltanschaulichen, ethnischen, sozialen, kulturellen Herkunft
257 und Anschauung sowie von Menschen mit Behinderung entschlossen entgegen zu treten. In diesem
258 Sinne ist der regelmäßig vom Stadtverband zu führende Dialog mit diesen Menschen, ihren
259 Vertretungen, Verbänden, Vereinen in Leipzig eine unbedingte Voraussetzung. Gemeinsame
260 Projekte müssen dazu beitragen, diesen Menschen **ein gleichberechtigtes Leben in der**
261 **Gesellschaft zu erkämpfen** und ihrer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Insbesondere muss auch
262 gegen staatliche Eingriffe und Reglementierungen („Zuwanderungsrecht“, „Asylrecht“,
263 Rasterfahndung) vorgegangen werden.

264 Die Anliegen von Menschen jüdischen Glaubens ist für DIE LINKE. in Leipzig keine Frage, die sich in
265 der Behandlung außenpolitischer Konflikte des Staates Israel mit seinen Nachbarn oder in der

Antrag A.1.

Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR erschöpft. Vielmehr gilt es, das Leben von JüdInnen in Leipzig, das Leben der jüdischen Gemeinde vor Ort zu **unterstützen**. Daher sollte mit ihren VertreterInnen das Gespräch gesucht werden, an öffentlichen Veranstaltungen der Gemeinde teilgenommen und das Gedenken an die Opfer des Holocaust weiterhin gemeinsam begangen werden. Im Übrigen sollte das Wirken der jüdischen Gemeinde in Leipzig durch Initiativen der Partei DIE LINKE. und gemeinsame Projekte erweitert und erleichtert werden.

⇒ **Zusammenarbeit mit DIE LINKE. SDS und den StudentInnenRäten**

Im Hinblick auf die Tätigkeit von Burschenschaften in Leipzig ist durch DIE LINKE. ein gemeinsames Vorgehen mit DIE LINKE. SDS abzustimmen. ErstsemesterstudentInnen sind frühzeitig über die politischen Ziele der Burschenschaften zu informieren. Darüber hinaus müssen fragwürdige Lehrinhalte bestimmter Lehrkräfte öffentlich kritisiert werden. Auch bei Berufungen etc. müssen Studierende ihre Stimme gegen aktive alte Herren in den Burschenschaften erheben. Mit den StudentInnenRäten ist eine Zusammenarbeit anzustreben. Die VertreterInnen der Gruppe der Studierenden sowohl in der akademischen, als auch der studentischen Selbstverwaltung haben in der Regel Möglichkeiten, Lehrinhalte, -formen und personelle Entscheidungen zu beeinflussen; auch muss dahingehend sensibilisiert werden, dass Burschenschaften nicht in die studentische Selbstverwaltung eindringen. In diesem Zusammenhang ist es weiterhin notwendig, dass DIE LINKE. den Kampf der Studierendenschaften um das politische Mandat unterstützt.

⇒ **Kontakt zu Vereinen und Förderung sportlicher Veranstaltungen**

Das Konzept von **Nazis** und anderen rechten Kreisen, systematisch in Bürgervereine vorzudringen, darf durch DIE LINKE. in Leipzig nicht unbeantwortet bleiben. Es ist notwendig, Gesprächsangebote an Vereine zu unterbreiten und Informationsmaterial bereit zu halten. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf Sportvereine. Dass ein großes Interesse von **Nazis** besteht, sich hierin zu organisieren, liegt nahe. DIE LINKE. muss sich in Leipzig auch der Aufgabe stellen, sportliche Veranstaltungen und Gruppen selbst zu organisieren oder sie zu fördern. Die in Leipzig aktiven antirassistischen, antifaschistischen Fußball-Fan-Gruppen stellen hierbei wichtige Partner dar.

D. Verankerung einer antifaschistischen Kultur in Leipzig

Ein wichtiges Mittel gegen rechte Gruppen und Parteien, gegen ihre Ideologien, Inhalte und politische Arbeit ist die weitere Verankerung einer antifaschistischen, zivilgesellschaftlichen und weltoffenen Kultur in Leipzig. Dies kann durch DIE LINKE selbst, vielmehr aber durch die Beförderung entsprechender Initiativen, soziokultureller Zentren, Demokratie fördernde Projekte etc. von parteiunabhängigen Akteuren geschehen. Eine aufgeklärte, aktive Zivilgesellschaft, die Raum für Selbstbestimmung, alternative Lebensentwürfe und -weisen bietet, ist die beste Prävention gegen die Verbreitung rechter Ideologien.

Insbesondere in Bezug auf Jugendarbeit darf das Feld den Nazis nicht überlassen werden. Jugendliche sind eine zentrale Zielgruppe antifaschistischer Arbeit. Sie können TrägerInnen von Zivilcourage im Alltag sein und an Schulen und in ihrem Umfeld als MultiplikatorInnen fungieren. Über das konkrete Engagement gegen Nazis geht antifaschistischer Kultur auch immer um die Stärkung einer grundsätzlichen emanzipatorischen Weltanschauung.

Im Einzelnen ist an folgende Veranstaltungen/ Projekte zu denken:

Das bereits traditionelle **Antifaschistische Frühstück** sollte in 2008 fortgesetzt werden. Jenseits **nazistischer** Aufmärsche gibt es auch genügend wichtige Termine für AntifaschistInnen, an denen

Antrag A.1.

308 ein solches Frühstück angebracht ist, um etwa zu Demos für Freiheits- und Grundrechte zu
309 mobilisieren, aber auch den Tag der Befreiung vom NS zu begehen.

310 Daneben sollten **Lesungen** im Liebknecht-Haus stattfinden, in denen junge BuchautorInnen ihre
311 Werke vorstellen. Keineswegs ist nur an politische Themen der vorgestellten Werke zu denken.
312 Vielmehr sollte auch ein Schwerpunkt auf schöngeistige Literatur gelegt sein. Auch **Ausstellungen**
313 von Werken junger Künstler sollten durch DIE LINKE. organisiert werden. Hier bieten sich neben
314 linXXnet und anderen Abgeordnetenbüros auch das Treppenhaus des Liebknecht-Hauses an.

315 **Filmvorführungen** und **Antifaschistische Konzerte** müssen durch DIE LINKE. gefördert und
316 angeboten werden. Alternative Kunst und Musik muss sich mit dem Namen unserer Partei prägend
317 verbinden.

318 In Zusammenarbeit mit der AG Antifaschistische Politik werden Leipzig-spezifische
319 **Informationsmaterialien** erstellt. Darüber hinaus wird das beliebte **Label „Nazis raus aus den**
320 **Köpfen“** (oder ggf. ein neues?) verstärkt und in Form von Aufklebern, Buttons, Internetbannern
321 eingesetzt.

322 Bedeutend sind auch **Berichte** und **Diskussionen** über **linke politische Projekte in anderen**
323 **Ländern**. Hierzu empfiehlt es sich, Gäste einzuladen, die diese Projekte vorstellen. In Betracht
324 kommen etwa AktivistInnen aus Bolivien, Ecuador, Venezuela, Argentinien, Mexico, Frankreich,
325 Spanien etc. Hintergrund ist auch hier, dass der angeblichen „Alternativlosigkeit“ politischen
326 Handelns in der BRD eine linke Alternative entgegengesetzt wird.

327 Die AG Antifaschistische Politik wird dazu ein Veranstaltungskonzept erarbeiten. Dabei wird auf die
328 Regelmäßigkeit der Veranstaltungen, die Zusammenarbeit mit anderen linken und
329 antifaschistischen Gruppen sowie auf die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit gezielt.

E. Verbot der NPD und verfassungsmäßige Festschreibung einer Antifa-Klausel

331 Die LINKE engagiert sich auch weiterhin für institutionelle Maßnahmen gegen rechts.

332 Einerseits unterstützt sie die Forderung nach einem Verbot der NPD, andererseits macht sie
333 weiterhin die Idee der Verankerung einer so genannten Antifaschistischen Klausel in der
334 (sächsischen) Verfassung stark.

335 Dem der Öffentlichkeit präsentierten Argument, ein Verbot der NPD führe nur zur Gründung einer
336 anderen Partei und zur Stärkung der von ihr vertretenen Inhalte, müssen die Argumente für ein
337 Verbot entgegengehalten werden. Zum einen wäre die NPD durch ein Verbot daran gehindert,
338 Nachfolgeorganisationen zu bilden. Andererseits schöpft die NPD aus ihrer Vertretung in Parlamenten
339 erhebliche finanzielle Mittel und erlangt eine Öffentlichkeit, was ihr bei einem Verbot verloren
340 ginge. Aufgrund von Differenzen innerhalb der Rechten selbst würde ein NPD-Verbot die rechten
341 Zusammenhänge schwächen.

342 DIE LINKE. Leipzig muss sich daher in Bundes- und Landtag, aber auch durch
343 Unterschriftensammlungen (<http://www.npd-verbot-jetzt.de>), in öffentlichen Veranstaltungen stark
344 machen für ein neues Verbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht.

345 Die verfassungsmäßige Festschreibung, dass "rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische
346 Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes
347 nicht zuzulassen, die Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land" ist, würde Zivilcourage die
348 verfassungsfeste Basis geben, die sie braucht. Eine Antifa-Klausel würde die immer wieder

Antrag A.1.

349 versuchte Gleichsetzung der politischen Rechten und der politischen Linken das Fahrtwasser
350 nehmen und zugleich das institutionelle Vorgehen beispielsweise gegen Naziaufmärsche
351 erleichtern.

F. Kampf gegen Immobilienerwerb und -nutzung sowie Verkaufsaktivitäten durch rechte Gruppen, Unternehmen, Parteien

354 Wie bereits dargelegt, erwerben rechte Gruppierungen und Einzelpersonen Grundstücke und
355 Gebäude, um hier Schulungen für ihre Nachwuchskader, politische und kulturelle Veranstaltungen
356 abhalten zu können. Die Aufklärung über die Methoden der auch für die Veräußerer meist verdeckt
357 auftretenden Personen und Verbände beim Immobilienkauf muss daher auch Aufgabe der Partei DIE
358 LINKE. Leipzig sein. Auch die Ausübung des städtischen bzw. gemeindlichen Vorkaufsrechtes sollte
359 in den Räten erwogen werden, sofern es sich nicht um Scheingeschäfte handelt. Dort, wo bereits
360 Gebäude oder Grundstücke erworben wurden, muss DIE LINKE. durch öffentlichen Druck erreichen,
361 dass notwendige Genehmigungen durch die Behörden versagt werden.

362 Häufiger tritt jedoch an die Stelle des Erwerbs die Nutzung kraft Mietvertrages und ähnlicher
363 vertraglicher Verhältnisse. Für politische Veranstaltungen werden kurzzeitig Säle, Gaststätten etc.
364 gemietet. Den Vermietern ist bei Vertragsschluss meist nicht bekannt, wen sie tatsächlich ihre
365 Räume überlassen. Auch hier muss DIE LINKE Aufklärungsarbeit leisten. Wenn etwa bei einem/r
366 GastwirtIn Tische für den 20. April bestellt werden, so sollte das „historische“ Datum in einer
367 Schwarzen Liste bekannt sein und Nachfragen erfolgen. In diesem Zusammenhang ist auf die
368 Initiative der sachsen-anhaltinischen DEHOGA zu verweisen, deren Mitglieder sich entschlossen
369 haben, generell nicht mehr an rechte Organisationen zu vermieten. DIE LINKE. sollte auch in Leipzig
370 entsprechende Gespräche führen. Dort, wo regelmäßig Rechte ein- und ausgehen, sollte DIE LINKE.
371 Leipzig zu Aktionen mobilisieren, um den Druck auf Vermieter zu erhöhen.

372 Rechtlich diffizil stellt sich die Situation dar, wenn Gewerberäume längerfristig an Unternehmen wie
373 Mediatex (Tönsberg) oder andere rechte Organisationen und Einzelpersonen vermietet wurden. DIE
374 LINKE. Leipzig muss hier vor allem über politische Maßnahmen (Fraktion im Stadtrat, Herstellung
375 von Öffentlichkeit, Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen etc.) tätig werden.

376 Nicht übersehen werden darf, dass nicht nur bestimmte Kleidungsstücke bei Nazis beliebt sind.
377 Bücher bestimmter Verlage über den Zweiten Weltkrieg und die Wehrmacht, CDs von rechten
378 Musikgruppen bis hin zu Waffen sind angesagt. Solches Verkaufssortiment in ansonsten
379 unauffälligen Ladenlokalen sollte nicht aus den Augen verloren werden. Möglicherweise ist sich der
380 Ladeninhaber nämlich gar nicht bewusst, was er dort neben ganz normalen Waren verkauft.

381 Ebenfalls sollte künftig das politische Augenmerk verstärkt auf die so genannten Trödel- bzw. Floh-,
382 oder Wochenmärkte gerichtet werden. Häufig werden dort Militaria aus der NS-Zeit als
383 Sammlerstücke angepriesen und vertrieben. Eine Öffentlichkeit gegen diese temporären und
384 fluktuierenden Vertriebsstrukturen sollte hergestellt und mit den Veranstaltern gesprochen werden.

385 In allen genannten Fällen bietet sich ein zweigleisiges Vorgehen an: Sensibilisierung und Protest
386 einerseits, Gespräche mit Institutionen andererseits.

III. Maßnahmen und Aktivitäten zur Umsetzung des Antifaschistischen Aktionskonzeptes

A. Gründung einer AG Antifaschistische Politik

389 Vor dem Hintergrund des unantastbaren antifaschistischen Profils der Partei DIE LINKE hat sich im

Antrag A.1.

390 Dezember 2007 eine AG Antifaschistische Politik gegründet.

391 Angesichts der Aktivierung von Nazis in der Stadt Leipzig, Rechtspopulismus aus der so genannten
392 „Mitte der Gesellschaft“ und die Etablierung von rechtem Lifestyle insbesondere in Jugendkulturen
393 will die AG Antifaschistische Politik verstärkt in die Partei DIE LINKE wie auch die Leipziger
394 BürgerInnenschaft intervenieren.

395 Die AG setzt auf Bündnisarbeit, politische Bildung und die Qualifizierung innerparteilicher
396 Mobilisierungsfähigkeit gegen neue und alte Naziaktivitäten. Außerdem arbeitet sie eng mit der
397 Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschistische Politik zusammen.

398 B. Enge Kooperation mit der Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig

399 Der Stadtverband der Partei die LINKE verbessert grundsätzlich die Kommunikation und
400 Kooperation mit der eigenen Fraktion im Stadtrat. Die parlamentarischen Möglichkeiten, wie
401 Anfragen oder Anträge, Informationsbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit, werden gezielt genutzt
402 um antifaschistische Arbeit auch auf institutioneller Ebene voranzubringen. Die Fraktion wird
403 gebeten im Rahmen ihrer Möglichkeiten offensiv gegen rechte Positionen und Aktionen
404 vorzugehen, klar Position gegen die Denunziation linker Politik und Milieus zu beziehen und die
405 Qualifizierung von städtischen Konzepten gegen **Nazis und deren Ideologien** zu befördern.

406 Gebietsverbandsübergreifende Zusammenarbeit

407 Nicht nur die Demonstrationen der NPD und der so genannten Freien Kameradschaften um Worch
408 haben gezeigt, dass Leipzig aufgrund seiner Einwohnerzahl, zentralen Lage, Geschichte, aber auch
409 Organisation rechter Gruppen im Umland Anziehungspunkt für **nazistische** Aktivitäten ist. Darüber
410 hinaus finden NPD, Kameradschaften und andere **nazistische** Gruppierungen im ländlichen Raum
411 aus verschiedenartigen Gründen einen besseren Boden für ihre politische Arbeit. Zu den Ursachen
412 zählen etwa soziale und berufliche Perspektivlosigkeit, mangelnde kulturelle Angebote, fehlende
413 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Entpolitisierung oder konservative Grundhaltungen in der
414 Bevölkerung, geringer Organisationsgrad linker und alternativer Gruppen und Projekte usw. Dabei
415 teilen sich die Gründe in solche ein, die auch in Leipzig vorliegen, jedoch zum Teil sich noch stärker
416 im ländlichen Raum auswirken, als auch solche, die gerade in den strukturell schwachen Gebieten
417 ihren Ausgangspunkt haben. Das Engagement nazistischer Gruppen und Parteien setzt hier gezielt
418 an. Es reicht von der Schaffung „nationaler Kulturstätten“ (Borna), über Bildungsangebote mit
419 entsprechend rechter politischer Ausrichtung, Kinder- und Jugendbetreuungsangebote bis hin zur
420 Schaffung von Bürgervereinen und Bürgerinitiativen bzw. deren Unterwanderung. Diese politische
421 Tätigkeit der Rechten hat wiederum Auswirkungen auf die Stadt Leipzig.

422 Daher kann die antifaschistische Tätigkeit nicht auf das Stadtgebiet begrenzt sein. Vielmehr muss
423 ein intensiver Dialog mit den umliegenden Kreisverbänden der Partei DIE LINKE. in dieser Frage
424 hergestellt und eine gemeinsame Zusammenarbeit initiiert werden. Dazu zählen nicht nur die
425 Mobilisierung in Leipzig zu Protesten, Demonstrationen und Aktionen im Umland, sondern
426 insbesondere auch die Unterstützung linker Projekte und Gruppen im ländlichen Raum. Durch die
427 Gründung einer AG Antifaschistische Politik in Leipzig kann zudem eine Struktur geschaffen
428 werden, die der LAG Antifa eine entsprechende Basis mit AnsprechpartnerInnen für verkürzte
429 Arbeits- und Mobilisierungswege verschafft. Daneben sollte angestrebt werden, dass die Vorstände
430 der jeweiligen Verbände der Partei DIE LINKE. in dieser Frage das Gespräch mit vor Ort bereits
431 bestehenden linken antifaschistischen Initiativen suchen.

Antrag B.1.**DIE LINKE. Stadtverband Leipzig – Nachtragshaushalt 2008**

Einnahmen	Plan 2008	Planüberarb. 2008
	(in TEUR)	(in TEUR)
Mitgliedsbeiträge (1600 Mitgl. / 15 EUR)	288,0	288,0
Kassierung beim Stadtvorstand	238,0	238,0
Einzug beim Landesvorstand	50,0	50,0
Spenden (natürl. Pers.)	27,5	27,5
dav. Finanz. Bürgerentscheid		1,0
dav. von Stadträten	7,5	7,5
dav. für Haus	15,0	15,0
dav. allgem. Spenden	5,0	4,0
Beiträge EL	4,0	4,0
Einn. aus Vermögen (Zinserträge)	4,0	4,0
Einn. aus Veransth. und Druckerz.	1,0	1,0
sonst. Einnahmen	0,5	0,5
<u>Gesamteinnahmen</u>	325,0	325,0
<u>Ausgaben</u>		
Personalkosten	35,0	60,0
Ifd. Geschäftsbetrieb	29,5	29,5
Material und Herstellungskosten	4,5	4,5
Telekommunikation	3,0	3,0
Mieten, Innere Verwaltung	15,0	17,0
Anschaffung	4,5	2,5
Reparatur/ Instandhaltung	2,5	2,5
Allgem. Politische Arbeit	83,1	101,5
Tagungen/Konferenzen	7,5	7,5
Literatur/Informat.(Mitteilungsblatt)	6,0	6,0
Öffentlichkeitsarbeit	12,0	30,0
Veranstaltungen	15,0	15,0
polit. Arbeit in IG/AG/PF	3,0	3,4
polit. Arbeit in BO/OV	20,0	20,0
Jugendfonds	5,0	5,0
Spenden/Hilfeleistungen (LN u.a.)	14,6	14,6
Abführg. an Landesvorstand	158,4	144,0
Abführg. an Landesvorstand EL	4,0	4,0
Ausg.für Reko. Haus	30,0	30,0
Abführung Spenden Cuba si		
<u>Gesamtausgaben</u>	340,0	369,0
Differenz Einnahmen - Ausgaben	-15,0	-44,0
Summenausgleich	325,0	325,0

Antrag C. 1.

1 **Antragssteller:** Initiativgruppe „Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945“ beim
2 Bund der Antifaschisten in Leipzig in Gründung, AG Antifaschistische Politik der LINKEN

Antrag an die 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig

5 DIE LINKE. Leipzig unterstützt den „10. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche 1945“ und
6 die bereits 2008 beginnenden vorbereitende Veranstaltungsreihe aktiv, ideell und eventuell
7 finanziell.

Begründung/ Hintergrund:

9 Am 8. Mai 2009 jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der Nazidiktatur zum 64. Mal. Noch in
10 den letzten Kriegstagen versuchten SS und Gestapo die von ihnen begangenen Verbrechen durch
11 neue Verbrechen zu verwischen. Konzentrationslager, Zwangsarbeitslager und Haftlager der
12 verschiedensten Art wurden durch sie geräumt und tausende dem Tod entronnene Häftlinge auf
13 lange, oft ziellose Märsche auch von Leipzig durch das Muldental gehetzt. Viele der Gehetzten und
14 Geschundenen überlebten diese Qualen nicht. Sie starben vor Hunger und Durst, an völliger
15 Entkräftung und durch die Schüsse der SS-Wachen und wurden oftmals einfach am Straßenrand
16 liegen gelassen. Diese letzten Verbrechen der Nazis, die so kurz vor der ersehnten Freiheit noch so
17 vielen Menschen das Leben kosteten, kennen wir heute als die Todesmärsche. Um die Erinnerung
18 an die vielen Opfer, deren Qualen und deren Tod aufrecht zu erhalten und um ihrer zu gedenken,
19 rufen wir alle Genossinnen und Genossen, Bürgerinnen und Bürger der Region dazu auf, gemeinsam
20 am

21 3. Mai 2009 zum 10. Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche

22 teilzunehmen und somit ein deutliches Zeichen für Demokratie, Frieden und Menschlichkeit und
23 gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu setzen.

24 Da in den letzten neun Jahren der Gedenkmarsch „nur“ symbolisch mit einer Kranzniederlegung, am
25 Denkmal der Zwangsarbeiter in der Permoserstraße begann, soll nun zum „10. Gedenkmarsch für
26 die Opfer der Todesmärsche 1945“ dieser und folgende dann auch, mit einer Marschkundgebung
27 schon in Leipzig beginnen. Um das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Gedenken an die Opfer
28 der NS-Diktatur zu erweitern, werden über das Jahr verteilt verschiedene Veranstaltungen zum
29 Gedenken der Opfer der NS-Diktatur, im Vorfeld stattfinden, welche von der Initiativgruppe
30 „Gedenkmarsch Leipzig“ ansässig beim Bund der Antifaschisten in Leipzig durchgeführt werden. So
31 sollen zum Beispiel zum Thema Weltfriedenstag, Reichspogromnacht, Reichstagsbrand, Warschauer
32 Ghetto Aufstand je eine Veranstaltung stattfinden.

Antrag C.2.

1 **Antragsteller:** AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE. Leipzig und Fraktion DIE LINKE im
2 Stadtrat zu Leipzig

Antrag an die 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der 4 Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig

Unterstützung der Aktion Zuckertüte initiiert durch die 6 Stiftung „Bürger für Leipzig“

7 Der Stadtparteitag möge beschließen:

8 Der Stadtverband DIE LINKE.Leipzig unterstützt aktiv und konkret mit Sach- und Geldspenden die
9 Aktion Zuckertüte der Stiftung „Bürger für Leipzig“ für Schulanfänger aus einkommensschwachen
10 Familien.

Begründung:

12 Insgesamt ist bereits jede fünfte Familie in Leipzig von Einkommensarmut betroffen. Besonders
13 hart betroffen sind die Kinder, da die staatlichen Unterstützungsleistungen für Kinder keinerlei
14 Beihilfen oder Zuwendungen für besondere Lebensabschnitte wie u.a. die Einschulung vorsehen.
15 Die soziale Ausgrenzung wird somit zur Ausgrenzung von Bildung.

16 Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar! Deshalb wird die Initiative Zuckertüte durch die Stiftung
17 „Bürger für Leipzig“ uneingeschränkt begrüßt und durch den Stadtverband und die Fraktion DIE
18 LINKE.Leipzig konkret unterstützt.

19 Unser gemeinsames Ziel muss sein: Kein Leipziger Schulanfänger darf bereits durch seine
20 Erstaustattung diskriminiert und ins Abseits gestellt werden!

21 Die Delegierten bitten wir um Zustimmung und Mitwirkung.

Antrag C.3.

1 **Antragsteller:** AG "Soziale Politik" in und bei DIE LINKE. Leipzig

2 **Antrag an die 3. Tagung des 1. Stadtparteitages der**
3 **Partei DIE LINKE. Stadtverband Leipzig – Unterstützung**
4 **der bundesweiten Kampagne “Begleitschutz”**

5 Der Stadtparteitag möge beschließen:

6 Der Stadtverband DIE LINKE. Leipzig unterstützt materiell, personell und solidarisch die
7 bundesweite Kampagne “Begleitschutz”, die von einem breiten Bündnis der sozialen Bewegung
8 (Gewerkschaften, Aktionsbündnis Sozialprotest, Tacheles e.V., BAG-SHI u.a.) getragen wird.

9 **Begründung:**

10 “Angst vorm Amt? Helfen wir uns gegenseitig!” – so lautet die Überschrift eines Flugblattes des
11 gewerkschaftlichen Koordinierungsrates von Erwerbsloseninitiativen. Denn - jeder hat es irgendwie
12 erlebt - allein fühlt man sich den Ämtern gegenüber oft hilflos oder ausgeliefert. Umso mehr sind
13 aber diejenigen betroffen, die durch ihre Abhängigkeit vom “guten Willen” des/der
14 Sachbearbeiter/in in existentielle Not geraten. Das hat sogar der Gesetzgeber eingeräumt, indem
15 er mit dem § 13 im SGB X einen sog. Beistand (Person ihres Vertrauens) bei Amtsterminen
16 gestattet.

17 Dieser Beistand erfüllt zwei Funktionen: Er ist sowohl Zeuge des Gesprächs als auch Fürsprecher.
18 Die bisherigen Erfahrungen bezeugen, dass viele Widersprüche, Verzögerungen, ja auch Sanktionen
19 vermeidbar wären, wenn der Betroffene dem Amt nicht allein gegenüber steht.

20 Die AG “Soziale Politik” wird in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirkserwerbslosenausschuss von
21 ver.di den Aufbau eines “Begleitschutz-Teams” in Leipzig initiieren. Neben Flugblättern,
22 Informationsmaterial u. ä. brauchen wir vor allem Mitwirkende.

23 Weitere Informationen sind dem beiliegenden Flugblatt zu entnehmen.

24 Die Delegierten bitten wir um konkrete Unterstützung und Mitwirkung.

Angst vorm Amt? Helfen wir uns gegenseitig!

Graut es Ihnen auch davor, wenn Sie zum Amt gehen müssen? Fühlen Sie sich „klein“ und hilflos oder sogar über den Tisch gezogen? Warten Sie vielleicht schon ewig auf Geld, das sie dringend brauchen und das Ihnen zusteht?

Zu zweit ist besser als allein!

Dann gehen Sie nicht allein aufs Amt. Nehmen Sie eine Person ihres Vertrauens mit – einen so genannten Beistand. Das ist Ihr gutes Recht (und steht im Paragraf 13 im zehnten Sozialgesetzbuch). Das Amt darf Ihren Beistand nicht abwimmeln! Sagen Sie ihrem Sachbearbeiter zu Beginn des Gesprächs, dass Sie Herrn oder Frau Hilfreich als Ihren Beistand mitgebracht haben.

Beistände „wirken Wunder“

Oftmals bewirkt schon alleine die körperliche Anwesenheit Ihres Beistands Wunder: Der Umgangston auf dem Amt wird freundlicher, das Klima besser. So können vielfach festgefahrene Dinge geklärt werden und Sie erhalten Leistungen, die Ihnen bisher verwehrt wurden.

Beistand als Zeuge

Eine Möglichkeit ist, dass der Beistand „nur“ als stiller Zeuge bei dem Gespräch auf dem Amt daneben sitzt. Wenn der Beistand Stift und Zettel raus holt und sich Notizen macht, dann wird noch deutlicher: Der Beistand passt auf, das „Amt steht unter Beobachtung“.

Freunde oder Bekannte eignen sich als Beistand besser als Verwandte oder Schwängerte. Denn Sie gelten als glaubwürdiger, etwa wenn Sie nachweisen wollen einen Antrag oder bestimmte Unterlagen tatsächlich abgegeben zu haben.

Sie können auch ruhig andere Erwerbslose im Wartezimmer ansprechen und vereinbaren, sich gegenseitig zu begleiten. Denn mit Ihrer „Angst vorm Amt“ sind Sie nicht alleine. Das betrifft viele!

Vergessen Sie nicht, sich Name und Telefonnummer Ihres Beistands zu geben, falls Sie ihn später tatsächlich mal als Zeugen brauchen.

Beistand als Fürsprecher

Ihr Beistand kann auch für Sie sprechen, also stellvertretend für Sie das Anliegen vorbringen. Dann wird alles, was der Beistand sagt, so ge-

wertet, als hätten Sie es selbst gesagt (– es sei denn, sie widersprechen ausdrücklich).

Bei dieser Variante muss man sich natürlich vorbereiten. Der Beistand muss „Ihren Fall“ kennen und es muss geklärt werden, worum es geht: Was wollen Sie auf dem Amt erreichen?

Wenn Sie einen Beistand mitnehmen, dann geht es nicht darum, dass der Beistand „mal ordentlich Rabatz macht und mit der Faust auf den Tisch haut“. Der Beistand sollte vielmehr ruhig und gelassen auftreten. Man erreicht am meisten, wenn man freundlich und sachlich im Ton, aber entschieden und hartnäckig in der Sache auftritt. Denn der Ton macht ja bekanntlich die Musik. Übrigens: Ihr Beistand muss keineswegs alle Sozialgesetze auswendig können. Entscheidend ist, er oder sie muss Ruhe bewahren können und sich den Umgang mit der Behörde zutrauen.

Gut zu wissen, wenn Sie selbst als Beistand mit jemand anderem mitgehen:

Zwar dürfen nur Anwälte „geschäftsmäßig“ – d.h. regelmäßig, gewohnheitsmäßig (egal ob mit oder ohne Bezahlung) – als Beistand auftreten. Wenn Sie aber nur ab und an mal andere als Beistand unterstützen, dann kann Ihnen niemand daraus einen Strick drehen.

Sie brauchen Hilfe?

Wenn Sie niemand wissen, der Sie als Beistand begleiten kann, dann sprechen Sie uns an (Adresse unten). Dann versuchen wir für Sie einen Beistand zu organisieren.

Weitere Tipps zum Umgang mit dem Amt und wie Sie zu Ihrem Recht kommen stehen im Internet:

www.erwerbslos.de (→ Rechtshilfen)



Adresse der Erwerbsloseninitiative oder Gewerkschaftsgliederung

Allein machen sie Dich ein... Zusammen sind wir stärker!

www.die-linke.de

Gemeinsam spielend lernen.

Wir fordern die gebührenfreie
Kita für alle.

DIE LINKE.